

II-3243 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

## XIV. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

Zl. 10.001/33-Parl/77

Wien, am 24. Jänner 1978

An die  
 Parlamentsdirektion  
 Parlament  
 1017 W I E N

1526 IAB

1978-02-02  
zu 1536/1

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1536/J-NR/77, betreffend die Ausbildung von Südtiroler Studenten in Österreich, die die Abgeordneten Dr. ERMACORA und Genossen am 13. Dezember 1977 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1)

- a) Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ist stets bemüht, die Ausbildung der Südtiroler Studierenden auf eine rechtliche Basis zu stellen, da grundsätzlich die Südtiroler (als italienische Staatsbürger) den österreichischen Studierenden gleichgestellt sind und für sie keine Zulassungsbeschränkung gilt.
- b) Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat mit Erlässen vom 9. Dezember 1977 40 Südtiroler Juristen das beantragte "studium irregulare" (Rechtswissenschaften + Übersetzer- und Dolmetscherausbildung) bewilligt, wobei bei den Lehrveranstaltungen des II. und III. juristischen Studienabschnittes die Fachgebiete Privat- und Strafrecht, Verfassungs- und Verwaltungsrecht von italienischen Honorarprofessoren gelehrt und geprüft werden.
- c) Am 15. November 1977 wurden anlässlich der 5. Expertensitzung in Rom weitere akademische Grade gegenseitig anerkannt und zwar die Magisterien für Geschichte, Mathematik, Biologie, Erdwissenschaft, Romanistik, Klassische Archäologie, Klassische Philologie, Ur- und Frühgeschichte, Deutsche Philologie, Slawistik, Anglistik und Amerikanistik und Theaterwissenschaft.

- 2 -

Für 15 Lehramtsstudien hat die italienische Delegation  
eine ehestmögliche wohlwollende Prüfung zugesagt.

ad 2) und 3)

Die geplante Zusammenarbeit zwischen der Universität  
Innsbruck und der Universität Padua bedarf der Zustimmung  
Italiens. Die Kompetenz für Verhandlungen mit Italien  
diesbezüglich liegt in Österreich beim Bundesministerium  
für Auswärtige Angelegenheiten.